

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4

Siegen, 15.06.2023

Bereich: Stadtentwicklung

Bearbeitet von: Herr Daschke, Frau Krippendorf, Herr Meier

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

21.06.2023

Kurzbezeichnung:

**Änderung des Landesentwicklungsplans NRW für den Ausbau der Erneuerbaren Energien**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

### Sachverhalt / Begründung:

Verfahren:

Die Landesregierung hat am 02.06.2023 den Entwurf zur Änderung des Landesentwicklungsplans NRW (LEP) beschlossen. Mit Veröffentlichung der Änderung im Ministerialblatt am 7. Juni 2023 (MBL.NRW. Ausgabe 2023 Nr. 21 vom 7.6.2023 S. 547 - 548) wurden die Planänderung und das **Beteiligungsverfahren vom 14. Juni bis zum 21. Juli 2023** bekannt gegeben. Damit haben die Öffentlichkeit und die in ihren Belangen berührten Stellen Gelegenheit, zum Planentwurf eine Stellungnahme abzugeben.

Es besteht die Möglichkeit der digitalen Beteiligung über das Beteiligungsportal NRW:

<https://beteiligung.nrw.de/portal/rpv/beteiligung/themen/1003167>

Das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (MWIKE) hatte Ende Januar auf der Fachtagung Wind ursprünglich die Beteiligung für Mai 2023 angekündigt. Dieser Zeitplan konnte jedoch nicht umgesetzt werden. Es ist sehr bedauerlich, dass daher nun der Zeitraum für die Abgabe der Stellungnahmen nahezu ausschließlich in die Schulferien fällt. Damit wird den Städten und Gemeinden die Möglichkeit genommen, den LEP-Entwurf (LEP-E) in den kommunalen Gremien zu beraten und ihre Stellungnahmen kommunalpolitisch abzustimmen. Diese Art und Weise geht zu Lasten der Öff-

fentlichkeit und der Kommunen und widerspricht der einschlägigen Kommentierung des Raumordnungsgesetzes, welches die Auslegung in der allgemeinen Schulferienzeit äußerst kritisch bewertet und diese daher ausschließt.

Die Stadt Siegen hat eine Fristverlängerung beantragt, die eine Beratung der Stellungnahme im Bauausschuss am 16. August und im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften am 24. August ermöglichen soll. Es wird jedoch nicht damit gerechnet, dass das federführende Landesministerium dieser zustimmt und den zügigen Ausbau der Erneuerbaren Energien als Begründung anführt, wenngleich die zeitlichen Vorgaben im Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) ein solches Vorgehen nicht erfordern. Sofern der Fristverlängerung nicht zugestimmt wird, wird die Stellungnahme im Nachgang den Ausschüssen und dem Rat der Stadt Siegen zur Kenntnis gegeben.

Ziel der Änderung des LEP NRW ist die Umsetzung des Wind-an-Land-Gesetzes (WaLG). Dieses weist dem Land NRW eine Flächensicherung von 1,1 % bis 2027 bzw. 1,8 % der Landesfläche bis zum Jahr 2032 für den Ausbau der Windenergie zu. Außerdem soll durch die Änderung des LEP NRW die Flächenkulisse für Freiflächenphotovoltaikanlagen (F-PV) vergrößert werden. Die Änderungen beziehen sich auf das **Kapitel 10 des LEP NRW**. Es werden neue Ziele und Grundsätze zur Energieversorgung formuliert, einige der bisherigen raumordnerischen Festlegungen sollen entfallen. Die Regelungen sind den Auslegungsunterlagen, die unter dem oben genannten Beteiligungslink zu finden sind, zu entnehmen. Diese umfassen eine Synopse der Änderungen, eine Planbegründung und einen Umweltbericht. Die Flächenanalyse Wind ist als weitere Information zum Download beigelegt.

Im Anschluss an die Öffentlichkeitsbeteiligung wird die Landesplanungsbehörde (MWIKE) die Stellungnahmen auswerten und abwägen. Die finale Fassung der Landesentwicklungsplanänderung wird von der Landesregierung mit Zustimmung des Landtags beschlossen.

Der Beschluss nach Auswertung der Stellungnahmen soll im vierten Quartal 2023 herbeigeführt werden. Ziel ist es, dem Landtag den LEP noch in diesem Jahr zur Befassung zu übermitteln, damit ausreichend Zeit für die Beratung besteht. Gemäß § 3 Abs. 3 WindBG ist die Änderung des LEP bis spätestens zum **31.05.2024** abzuschließen.

**Die Vorgehensweise mit der Einräumung von ausreichend Zeit für die Beratungen, zumindest aber außerhalb der Schulferienzeit, wäre insbesondere für die Öffentlichkeit sowie für Kommunen und Städte wünschenswert gewesen.** Im Sinne einer wirklichen Öffentlichkeitsbeteiligung, wie beispielsweise im Falle der Neuaufstellung des räumlichen Teilplanes Märkischer Kreis, Kreis Olpe und Kreis Siegen-Wittgenstein (ca. 4.000 private Stellungnahmen), sollte kein Zeitraum gewählt werden, in dem lediglich sechs Werktage zu Beginn außerhalb der Ferienzeit liegen.

#### **Begriffsdefinitionen:**

**Ziele der Raumordnung** sind gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbaren, vom Träger der Landes- oder Regionalplanung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Sie sind von den

in § 4 Abs. 1 ROG aufgeführten Adressaten zu beachten, d. h., es handelt sich um Festlegungen, die eine strikte Bindung auslösen und nicht durch Abwägung überwindbar sind.

**Grundsätze der Raumordnung** sind Aussagen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- und Ermessensentscheidungen. Sie sind gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 ROG zu berücksichtigen. D. h., sie sind mit dem ihnen zukommenden Gewicht in die Abwägung einzustellen und können bei der Abwägung mit anderen relevanten Belangen überwunden werden.

### Erläuterungen zur Windenergie und Solarenergie:

Im Folgenden werden wesentliche Inhalte der vorliegenden Änderung aufgeführt, die sich auf den Planungsraum der Bezirksregierung Arnsberg beziehen. Zum Regelungskomplex Windenergie werden allgemeine Einschätzungen abgegeben, aber auch der Versuch unternommen, schon jetzt Bezüge zu den konkreten Auswirkungen auf Siegen festzustellen. Zum Regelungskomplex beschränken sich die Ausführungen auf die allgemeinen Änderungen, die aber keine spezifischen Auswirkungen für Siegen ableiten lassen. Die Ausführungen sind auf Grund der Kürze der Zeit nicht umfassend für alle Änderungen nachvollzogen und daher nicht abschließend.

#### Änderungen zur Windenergie

### **Ziel 10.2.-2 Vorranggebiete für die Windenergienutzung**

Der vorgelegte Entwurf sieht vor, die Flächenvorgabe von 1,8 Prozent nicht, wie vom Bund im Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) vorgeschrieben, in zwei Schritten (Stichtage 31.12.2027 und 31.12.2032) zu erreichen, sondern in nur einem Schritt **bereits im Jahr 2025** (siehe Grundsatz 10.2-5). In der **Planungsregion Arnsberg** sollen Bereiche für die Nutzung der Windenergie als Vorranggebiete (Windenergiebereiche als Rotor-außerhalb-Flächen, sprich nur der Mast muss innerhalb der Flächen stehen) in einer Größenordnung von mindestens **13.186 ha** ausgewiesen werden. Dies entspricht 2,2 % der Fläche der gesamten Planungsregion.

Diese Flächenvorgabe entspricht dem Teilflächenziel, dass die Landesregierung bereits mit dem Zwischenbericht zur Flächenanalyse Windenergie des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) am 07.03.2023 bekannt gegeben hat und nun mit dem mittlerweile vorliegenden Abschlussbericht der Flächenanalyse bestätigt hat. Im Abschlussbericht wird die Methodik der Flächenanalyse gegenüber dem Zwischenbericht detaillierter beschrieben und ausführlich auf die Bewertung der Ausschlusskriterien und die zugrunde liegenden planungs- und genehmigungsrechtlichen Vorgaben eingegangen. Zwischenzeitlich wurden die Karten im Energieatlas aktualisiert und können bisher nur online unter folgendem Link eingesehen werden (die Möglichkeit zum Download der Geodaten zur Verschneidung in eigenen GIS-Systemen besteht aktuell noch nicht):

<https://www.energieatlas.nrw.de/site/planungskarten/wind>

Es wird auch klargestellt, dass der Terminus „Windenergiebereiche“ der nordrhein-westfälischen Systematik entspricht. Diese „**Windenergiebereiche**“ entsprechen den „**Windenergiegebieten**“ aus der Gesetzessprache des Wind-an-Land-Gesetz des Bundes.

### **Grundsatz 10.2-3 Abstand von Bereichen/Flächen für Windenergieanlagen**

Der **Vorsorgeabstand** von 1.500 Metern soll abgeschafft werden. Der aktuelle LEP sieht einen Abstand von 1.500 Metern zu Allgemeinen und Reinen Wohngebieten vor. Wohnnutzungen in Mischbauflächen sieht ausgenommen.

Da es sich um einen Grundsatz handelt, unterliegt dieser der planerischen Abwägung und ist nicht verbindlich.

Es wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die Gesetzesänderung zur generellen Abschaffung der 1.000-Meter-Abstandsregelung auf den Weg gebracht wurde (vgl. **Ziel 10.2-13** Steuerung der Windenergienutzung im Übergangszeitraum).

### **Ziel 10.2-3 Unvereinbarkeit von Höhenbeschränkungen mit Windenergiebereichen**

Nach § 4 Abs. 1 WindBG sind Flächen, die in Plänen ausgewiesen werden, die nach dem 1. Februar 2023 wirksam geworden sind und Bestimmungen zur Höhe baulicher Anlagen enthalten, nicht anzurechnen. Die regionalplanerischen Windenergiegebiete werden nach diesem Stichtag festgelegt und eine Bestimmung zur Höhe der baulichen Anlagen scheidet somit aus. Eine Regelung im LEP ist somit nicht erforderlich. Warum diese Regelung im LEP zusätzlich erfolgt, ist unklar.

Die städtischen kommunalen Planungen (3 Vorrangflächen für die Windkraftanlagen in Meiswinkel, Oberschelden und Volnsberg) können nicht in den Regionalplan übernommen werden, auch wenn die FNP-Änderung vor dem Stichtag wirksam wurden, da in der Praxis ein Vollzugsproblem besteht. Der Flächennutzungsplan muss gemäß § 1 Abs. 4 BauGB angepasst werden (materielle Konkordanz), die Kommune muss die Höhenbeschränkung also aufheben. Es wird bezweifelt, dass unter den zeitlichen Zwängen, auch wenn diese teilweise selbst erzeugt werden, der Spielraum für ein FNP-Verfahren, mit dem Ziel die Höhenbeschränkung aufzuheben, besteht.

### **Grundsatz 10.2-5 Landes- und Regionalplanänderungen parallel durchführen und abschließen**

Wie unter **Ziel 10.2.-2** erläutert, soll die Umsetzung bereits 2025 erfolgt sein. Im LEP soll der Grundsatz verankert werden, dass **parallel** zur Änderung des LEP das Regionalplanverfahren zur Festlegung der Flächenziele durchgeführt werden soll. Insbesondere soll **die Durchführung des Beteiligungsverfahrens nach § 9 Abs. 2 ROG bereits 2024 abgeschlossen sein**, um die Rechtsfolgen des § 245e Abs. 4 BauGB bereits im Jahr 2024 zu ermöglichen. Mit Abschluss des Beteiligungsverfahrens eröffnet § 245e Abs. 4 BauGB die Möglichkeit einer Genehmigung, wenn anzunehmen ist, dass das Vorhaben den künftigen Ausweisungen des Plans entspricht. Die Regionalplanverfahren sollen **2025** abgeschlossen sein.

Damit wird unmittelbar zeitlicher Druck auf die Bezirksregierungen ausgeübt und lässt die unterschiedlichen Planungsvoraussetzungen der einzelnen Planungsregionen außer Acht.

Im Regierungsbezirk Arnsberg wird seit 2018 der räumliche Teilplan Märkischer Kreis, Kreis Olpe und Kreis Siegen-Wittgenstein neu aufgestellt, in den die Umsetzung zum Ausbau der erneuerbaren Energien nach den neuen gesetzlichen Regelungen integriert werden soll. Hier wurden im Rahmen der Beteiligung teils sehr kritische Stellungnahmen vorgebracht und es ist bis heute unklar, wie diese im Entwurf Eingang finden können oder sollen und aus Sicht der Kommunen müssen. Es liegen nach Auskunft der Bezirksregierung Arnsberg 111 Stellungnahmen von Verfahrensbeteiligten zu ca. 4.000 Teilaspekten sowie ca. 4.000 Stellungnahmen der Öffentlichkeit vor.

Mit der kompletten Neuausrichtung zu den Themen der erneuerbaren Energien und auch der Zugrundelegung neuer Siedlungsbedarfe ist davon auszugehen, dass hierdurch der Entwurf des Regionalplanes einer eingehenden Überarbeitung bedarf und damit die Stellungnahmen nur zum Teil ihre Gültigkeit behalten. Dies wird vermutlich erhebliche Auswirkungen auf die Abstimmungen mit den Kommunen haben und damit auf die zeitliche Umsetzung.

#### **Ziel 10.2-6 Windenergienutzung in Waldbereichen**

Das Ziel legt fest, dass regionalplanerisch festgelegte Waldbereiche für die Windenergienutzung in Anspruch genommen werden können, sofern es sich um **Nadelwald** (von Nadelbaumarten geprägten Hauptbestand) handelt. Ausgenommen hiervon sind Naturschutzgebiete, Nationalparke, Nationale Naturmonumente, Naturwaldzellen sowie Natura 2000-Gebiete.

Damit sollen Windenergiegebiete in Vogelschutzgebieten ausgeschlossen bleiben.

#### **Grundsatz 10.2-7 Windenergienutzung in waldarmen Gemeinden**

In waldarmen Gemeinden (unter 20 % Waldanteil im Gemeindegebiet) soll in den regionalplanerisch festgelegten Waldbereichen auf die Festlegung von Windenergiegebieten verzichtet werden.

Da in Siegen der Waldanteil bei ca. 50 % (IT.NRW, Landesdatenbank, Stand: 29.03.2023) liegt, findet dieser Grundsatz für Siegen keine Anwendung.

#### **Ziel 10.2-8 Windenergienutzung in Bereichen für den Schutz der Natur**

Gemäß diesem Ziel dürfen Vorranggebiete für die Windenergienutzung auch in **Bereichen für den Schutz der Natur (BSN)** festgelegt werden, soweit es sich dabei nicht um Natura 2000-Gebiete, Naturschutzgebiete, Nationale Naturmonumente oder Nationalparke handelt.

Gemäß der Flächenanalyse Windenergie vom LANUV vergrößert sich dadurch das Potential in der Planungsregion Arnsberg von 29.266 ha auf 32.632 ha. Es bleibt der Bezirksregierung Arnsberg überlassen, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen.

### **Grundsatz 10.2-9 Berücksichtigung bestehender Windenergiestandorte und kommunaler Windenergieplanungen**

Nach diesem Grundsatz sind bestehende geeignete Windenergiestandorte und geeignete kommunale Planungen zu prüfen und in der Regionalplanung zu berücksichtigen. Dabei müssen sie dauerhaft für eine Windenergienutzung zur Verfügung stehen und - bei bislang nicht genutzten kommunalen Flächenplanungen - Abstände von mehr als 400 Metern zu Wohnbebauung haben. Auch sind **technologische Entwicklungen hin zu größeren Windenergieanlagen** zu berücksichtigen.

Aufgrund der Höhenbeschränkung der drei Vorrangflächen in Meiswinkel, Oberschelden und Volnsberg scheidet eine Berücksichtigung aus (vgl. Ziel 10.2-3). Die Definition der Geeignetheit ist nicht abschließend geregelt. In den Erläuterungen wird ausgeführt, dass in der Regionalplanung dem konzeptionell durch unterschiedliche planerische Kriterien Rechnung getragen werden kann und die Berücksichtigung bestehender Windenergiestandorte und kommunaler Planungen planerisch anders beurteilt werden kann, als die Festlegungen weiterer, zusätzlicher Windenergiebereiche. Damit wird der Bezirksregierung Arnsberg als Planungsbehörde größtmöglicher Spielraum eröffnet, die Kriterien nach ihren Vorstellungen anzupassen. Welchen Einfluss die Kommunen hier haben, ist unklar.

Es ist zu prüfen, inwieweit die Vorschlagflächen der 85. FNP-Änderung geeignet für eine Berücksichtigung sind.

### **Ziel 10.2-10 Monitoring der Windenergiebereiche**

Die Windenergiebereiche sind aufgrund folgender Gründe turnusmäßig zu prüfen und fortzuschreiben.

- technische Entwicklungen,
- langfristige Sicherung einer klimaverträglichen Energieversorgung,
- Veränderung der Beurteilung der Eignung der bestehenden Flächen.

Diese Evaluierung soll alle 5 Jahre erfolgen. Im Wege der Fortschreibung ist eine Streichung ungeeigneter Flächen und eine Neufestlegung geeigneter Windenergiebereiche in den Regionalplänen planerisch vorzusehen.

### **Grundsatz 10.2-11 Inanspruchnahme von Kommunen mit Windenergiebereichen**

Bei der regionalplanerischen Festlegung von Windenergiebereichen sind die Belange der betroffenen Kommunen besonders in den Blick zu nehmen.

In den Erläuterungen wird ausgeführt, dass in einzelnen Kommunen nicht mit mehr als 15 % ihrer Fläche als regionalplanerische Windenergiebereiche dargestellt werden sollen. Grund-

sätzlich ist eine Art Obergrenze zu begrüßen, die sich vermutlich eher in Flächenkommunen auswirken wird.

Es muss jedoch in Frage gestellt werden, ob damit der zu schützenden Belange einer Kommune Rechnung getragen werden kann. Allein eine Beurteilung anhand des Verhältnisses der Windenergiebereiche gemessen an ihrer Gemeindefläche stellt nur ein Kriterium dar. Unter „3.9 Sonstiges“ der Flächenanalyse Windenergie wird diese Obergrenze näher erläutert (Seite 46) und vor allem die Vermeidung der Umzingelungen von Ortslagen angeführt. Dies liegt jedoch nicht nur an dem Verhältnis Windenergiebereichen/Gemeindefläche, sondern vor allem an ihrer Lage, Häufung und/oder Streuung. Weiterhin wird darauf abgestellt, dass der Wert von max. 15 % der jeweiligen Gemeindefläche auch deshalb festgelegt werden soll, weil dies in etwa den größten Flächenanteilen entspricht, die Gemeinden in NRW bislang tatsächlich planerisch für die Windenergienutzung gesichert haben. Dies allein scheint kein sachlicher Grund zu sein, da die fachliche Begründung fehlt. Lägen die größten Flächenanteile von gesicherten Standorten für die Windenergienutzung bei 10 % oder 20%, wäre dies folglich die Obergrenze. Diese Argumentation kann nicht nachvollzogen werden.

Diese Regelung wird vermutlich für Siegen keine Bedeutung haben. Die Obergrenze liegt bei einer Gemeindefläche von 11.469 ha bei ca. 1.720 ha. Aufgrund der Siedlungsstrukturen und den entsprechenden Abständen, gestützt auf die Flächenanalyse Wind vom LANUV, scheint die Darstellung von Windenergiebereichen weit unterhalb dieser Größenordnung zu liegen.

#### **Ziel 10.2-12 Windenergienutzung in Industrie- und Gewerbegebieten**

Die Windenergienutzung soll auch in Industrie- und Gewerbegebieten geprüft und vor allem als arrondierende untergeordnete Nutzung ermöglicht werden. In den Erläuterungen wird ausgeführt, dass geeignete Flächen hier Abstandsflächen und arrondierende „Restflächen“ umfassen. Diese sollen grundsätzlich hinsichtlich eines Ermöglichens der Windenergienutzung überprüft werden, um ein geeignetes Flächenangebot auf bereits vorbelasteten Flächen zu schaffen. In Frage kommen bereits bebaute bzw. für bauliche Zwecke rechtsverbindlich geplante Industrie- und Gewerbegebiete.

Diese Regelung wird ausdrücklich auf Grund dem Mangel an Gewerbeflächen begrüßt, so dass diese Flächen in erster Linie gewerblich entwickelt werden können. Abstände zu Wohnnutzungen sind gemäß § 249 (10) BauGB mindestens mit der zweifachen Anlagenhöhe einzuhalten.

#### **Ziel 10.2-13 Steuerung der Windenergienutzung im Übergangszeitraum**

Diese Übergangsregelung ist von besonderer Bedeutung, da parallel die Abschaffung der 1.000-Meter-Abstandsregelung aus dem Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuches in NRW (BauGB-AG NRW) damit einhergehen soll. Die Regelung wurde erst am 15.07.2021 eingeführt, am 01.06.2022 geändert und soll nun abgeschafft werden.

Um Investitionen in der Übergangszeit bis zur Rechtskraft der Regionalpläne zu ermöglichen, soll mit dem Ziel 10.2-13 LEP-E ein neues, befristetes Steuerungsinstrument eingeführt werden.

Danach soll bis zum Inkrafttreten der jeweiligen Regionalpläne im Jahr 2025 der Zubau von Windenergieanlagen auf den Flächen erfolgen, die die Regionalplanungsträger in ihren Plannentwürfen bis jetzt vorgesehen haben. Auf diese Weise soll der Ausbau auf Flächen begrenzt und gelenkt werden, für die auch in den neuen Regionalplänen eine Ausweisung als Windenergiegebiete zu erwarten ist. Hierzu sind nach den Erläuterungen der Zielbestimmung von Planungsträgern beschlossene Plankonzepte, die das Flächenziel der Region sicherstellen, bereits vor dem formellen Aufstellungsbeschluss heranzuziehen. Soweit solche Konzepte noch nicht vorliegen, sind stattdessen große zusammenhängende, für die Windenergie geeignete Flächen, sog. Kernpotenzialflächen (bzw. „No-Regret-Flächen“), vorzusehen. Dies sind nach den Erläuterungen des LEP-E in jeder Planungsregion die größten zusammenhängenden Windenergiepotenziale, bei denen im Hinblick auf die Eignung für die Windenergienutzung von einer Übernahme in die Plankonzepte auszugehen ist.

Außerhalb dieser Flächen widerspricht nach Ziel 10.2-13 Abs. 4 LEP-E der Zubau in der Übergangszeit dem Steuerungsziel, soweit dieses nicht anderweitig gewahrt ist. Einem raumbedeutsamen Anlagenzubau außerhalb der vorbezeichneten Gebiete soll daher während des Übergangszeitraums im begründeten Einzelfall jeweils mit Maßnahmen des Raumordnungsrechts (§§ 12 ROG, § 36 LPLG NRW) begegnet werden. Bei Widerspruch gegen das Steuerungsziel des LEP soll dann die Bezirksregierung nach § 36 Abs. 2 Landesplanungsgesetz NRW (LPIG NRW) unter den Voraussetzungen des § 12 ROG die Untere Immissionsschutzbehörde als Genehmigungsbehörde anweisen, die Entscheidung über die Zulässigkeit von Windrädern auszusetzen. In der Erläuterung wird ausgeführt, dass etwaige Maßnahmen dabei im Regelfall vom Einvernehmen der von den Anlagen betroffenen Kommunen abhängig gemacht werden sollen. Weitere Einzelheiten wird die Landesplanungsbehörde mit gesondertem Erlass regeln, der in den Erläuterungen zum LEP-E angekündigt wird. **Das Einvernehmen der Kommunen sollte im Ziel selbst formuliert werden und nicht nur in den Erläuterungen.**

Die Landesregierung kommt mit dieser Festlegung der Forderung des Städte und Gemeindebund NRW nach, ein Flächensicherungsinstrument für die Kommunen ohne wirksame Konzentrationszonen zu schaffen. Der Vorschlag sah jedoch eine alternative, rechtssichere Umsetzung durch Änderung des Raumordnungsgesetzes (ROG) sowie eine Änderung des Landesplanungsgesetzes vor.

Gleichwohl stellt sich die Frage, ob mit der in Ziel 10.2-13 LEP-E vorgesehenen befristeten Aussetzung, Genehmigungsanträge in größerem Umfang zurückgestellt werden können. Hierzu bedarf es einer näheren Darlegung der Landesregierung in den Erläuterungen des LEP und nicht nur im angekündigten Erlass. **Die Auswirkungen können somit nicht beurteilt werden und dem LEP-Entwurf fehlt es an hinreichender Bestimmtheit und das Ziel ist nicht, wie es Ziele sein müssen, abschließend abgewogen. Zudem besteht für Kommunen kein Einfluss auf die zukünftigen Inhalte des Erlasses. Diese Vorgehensweise widerspricht dem Gegenstromprinzip.**



Auf der Internetseite des MWIKE ist eine Karte mit den zuvor erläuterten Flächen abzurufen. Es ist zu kritisieren, dass diese Karte nicht als weitere Information den Auslegungsunterlagen beigelegt wurde.

Die Karte stellt in Siegen den Windenergiebereich in Obersetzen aus dem in Aufstellung befindlichen Regionalplanentwurf (siehe Vorlage 346/2021, Stellungnahme Seite 64 ff.) dar. Es ist zu hinterfragen, ob die Festlegung der Fläche als Windenergiebereich tatsächlich zu erwarten ist, da die Stadt zu der Abgrenzung der Fläche eine kritische Stellungnahme im Rahmen des Regionalplanes abgegeben hat. Das Konzept der Bezirksregierung beruht auf der Flächenanalyse vom LANUV und sieht vor, 1.000 Meter zu Wohngebäuden im Innenbereich einzuhalten. Die Definition des Innenbereiches beruht auf landesweiten Datensätzen, die in Siegen mehrere Fehler enthalten, so auch in Obersetzen. Die Wohnhäuser in der Grubenwiese und im Kredenbacher Weg werden fälschlicherweise nicht dem Innenbereich zugehörig gewertet und in der Flächenanalyse nur ein Abstand von 500 Metern angesetzt. Sofern der in Erarbeitung befindliche Entwurf des Regionalplans der Bezirksregierung eine Abstandsangabe für Wohngebäude im Innenbereich von 1.000 m weiterhin enthält, ist diese auf die planungsrechtlichen Bestimmungen vor Ort anzupassen und nicht auf fehlerbehaftete landesweite Datensätze zu stützen.

Daher kann folglich nicht von einer Ausweisung im neuen Regionalplan als Windenergiebereich ausgegangen werden und diese Fläche kann nicht unter das **Ziel 10.2-13 LEP-E** fallen. Auch widerspricht es der wirksamen 28. FNP-Änderung, die Vorrangflächen für Windkraftanlagen gemäß § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB darstellt (Ausschlusswirkung).

Grundsätzlich kann nicht beurteilt werden, wie fehlerhaft beispielsweise die Definition des planungsrechtlichen Innenbereiches insgesamt ist und wie belastbar damit die Potentialanalyse tatsächlich ist. Hierzu hätte es eine Abfrage bei den Kommunen geben müssen.

### Änderungen zur Solarenergie

#### **Ziel 10.2-14 Raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie im Freiraum**

Mit der LEP-Änderung soll zusätzlich die Flächenkulisse für Photovoltaik-Freiflächenanlagen maßvoll erweitert werden. Dazu sieht **Ziel 10.2-14 LEP-E** vor, dass eine Regional- oder Bauleitplanung für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergieanlagen im Freiraum mit Ausnahme von regionalplanerisch festgelegten Waldbereichen und Bereichen zum Schutz der Natur möglich ist, wenn der jeweilige Standort mit der Schutz- und Nutzfunktion der jeweiligen Festlegung im Regionalplan vereinbar ist.

Die Beschränkung auf Konversions- und Brachflächen sowie Aufschüttungen und Standorte entlang von Bundesfernstraßen oder Schienenwegen mit überregionaler Bedeutung soll damit aufgegeben werden.

#### **Ziel 10.2-15 Inanspruchnahme von hochwertigen Ackerböden für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie**

Nach Ziel 10.2-15 LEP-E darf Regional- oder Bauleitplanung für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergieanlagen auf hochwertigen Ackerböden nur für Agri-Photovoltaikanlagen erfolgen.

Bei den im Ziel adressierten Agri-PV-Anlagen muss die landwirtschaftliche Nutzbarkeit und Ertragsfähigkeit gewährleistet sein. Dies ist orientiert an der DIN SPEC 91434 nachzuweisen. Unter anderem darf der erwartete Ertrag nicht weniger als 66 % des Referenzertrags ohne die Agri-PV-Anlage betragen. Als hochwertig gelten nach der Zielbestimmung Ackerböden mit einer Bodenwertzahl von 55 und mehr.

Siegen liegt innerhalb der „benachteiligten Gebiete“. Hier handelt es sich in der Regel um landwirtschaftliche Flächen, die sich schwer bewirtschaften lassen und somit überwiegend einen Bodenwert unter 55 aufweisen. Damit wird dieser Grundsatz in der Regel keine Anwendung finden.

#### **Grundsatz 10.2-16 Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Kernräumen für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie**

Regional- oder Bauleitplanung für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergieanlagen soll in landwirtschaftlichen Kernräumen nur für Agri-Photovoltaikanlagen erfolgen.

Landwirtschaftliche Kernräume sind Bereiche innerhalb der allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche, die sich gemäß LPIG-DVO durch besonders hohe landwirtschaftliche Ertragskraft der Böden, besonders günstige Agrar- und Betriebsstrukturen oder eine besonders hohe Wertigkeit für spezielle landwirtschaftliche Nutzungen wie Sonderkulturen (Gemüse, Spargel) auszeichnen. Für die Abgrenzung der landwirtschaftlichen Kernräume können die Fachbeiträge der Landwirtschaftskammern herangezogen werden, die bei der agrarstrukturellen Standortbewertung regionalspezifische Flächeneigenschaften berücksichtigen.

#### **Grundsatz 10.2-17 Besonders geeignete Standorte für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie im Freiraum**

Brachflächen, Halden und Deponien und Standorte entlang von Bundesfernstraßen und überregionalen Schienenwegen werden nun im Grundsatz 10.2-17 LEP-E mit weiteren Bereichen - nämlich weiteren Straßen, landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten, künstlichen und erheblich veränderten Oberflächengewässern sowie Windenergiebereichen - als besonders geeignete besondere Standorte qualifiziert. Dabei sollen vorzugsweise Flächen bis zu einer Entfernung von 500 m von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und überregionalen Schienenwegen genutzt werden, wobei die Ausweisung für Bundesfernstraßen und überregionale Schienenwege vorrangig erfolgen soll. Die Bereiche von bis zu 500 m von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und überregionalen Schienenwegen wurden ausweislich der Erläuterungen gewählt, weil die Förderkulisse des § 37 Abs. 1 c) EEG den Raum längs von Autobahnen oder Schienenwegen in einer Entfernung von bis zu 500 Metern umfasst. Damit entsteht bei PV-Freiflächenanlagen, die mehr als 200 Meter von Autobahnen oder Schienenwegen des übergeordneten Netzes im Sinne des § 2b Allgemeines Eisenbahngesetz mit mindestens zwei Hauptgleisen errichtet werden sollen, ein Bebauungsplan-Erfordernis, da die Teilprivilegierung des § 35 Abs. 1 Nr. 8b BauGB für diese Nutzungen nur bis zu einer Entfernung von bis zu 200 m gilt. Entlang von allen anderen dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen und Schienenwegen sowie angrenzend an den Siedlungsraum sollen vorzugsweise nur Flächen bis zu einer Entfernung von 200 m genutzt werden.

**Grundsatz 10.2-18 Freiflächen-Solarenergie im Siedlungsraum**

Der Grundsatz 10.2-18 LEP-E sagt aus, dass die Bauleitplanung die Freiflächen-Solarenergienutzung im Siedlungsraum (Allgemeine Siedlungsbereiche –ASB - und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen - GIB) als arrondierende, den anderen gewerblichen und industriellen Nutzungen untergeordnete Nutzung unterstützen soll.

**Die Verwaltung prüft nun, welche der oben erläuterten Inhalte, oder aber auch darüber hinaus, Bestandteil der Stellungnahme werden und diese fristgerecht abgeben. Ohne Fristverlängerung wird die Stellungnahme im Nachgang zur Kenntnis gegeben.**

**Finanzielle Auswirkungen** ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

**Veranschlagung**

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

**Klimaschutz**

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>			

In Vertretung

gez.

Henrik Schumann  
Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.